

MÄNNER UND FRAUEN SIND GLEICHBERECHTIGT

Ab September 1948 erarbeitete in Bonn der Parlamentarische Rat ein Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Unter den 65 »Vätern der Verfassung« waren auch vier »Mütter«: Elisabeth Selbert, Friederike Nadig (beide SPD), Helene Weber (CDU) und Helene Wessel (Zentrum). Die SPD schlug den Verfassungsartikel »Männer und Frauen sind gleichberechtigt« vor, der allerdings von der CDU heftig abgelehnt wurde.



Elisabeth Selbert
1896–1986

Die CDU wollte im neuen Grundgesetz nur die staatsbürgerlichen Rechte der Frau festschreiben, wie sie schon in der Weimarer Verfassung standen, und wehrte sich gegen eine weiter gefasste Gleichberechtigung. Vor allem die Sozialdemokratin Elisabeth Selbert setzte sich intensiv auch in der Öffentlichkeit für den Artikel 3 ein, der schließlich in das Grundgesetz aufgenommen wurde.

Art. 3 Grundgesetz

- (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
- (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

VON DER UNTERTANIN ZUR STAATSBÜRGERIN II

Gleichberechtigung in der Bayerischen Verfassung

Die bayerische Verfassung von 1946 – basierend auf dem Entwurf von SPD-Ministerpräsident Wilhelm Hoegner – folgte dem Vorbild der Weimarer Republik und formulierte in Artikel 118:

(1) *Vor dem Gesetz sind alle gleich.*

Die Gesetze verpflichten jeden in gleicher Weise und jeder genießt auf gleiche Weise den Schutz der Gesetze.

(2) *Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.*

Der 2. Satz wurde in einer Verfassungsreform am 1. März 1998 ausgeweitet und konkretisiert:

»Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Gleichstellung und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.«

Damit macht die Verfassung die Gleichstellung von Männern und Frauen zu einem Auftrag für das politische und öffentliche Handeln.

JEDER ZWEITE IST EINE FRAU

Die bayerische SPD-Satzung von 1987 legte auch fest, dass bei der Aufstellung von Kandidaten und Kandidatinnen zu allen Wahlen Frauen und Männer im Reißverschlussverfahren – also abwechselnd – auf den Listen platziert werden.

Die in der politischen Diskussion umstrittene Quote brachte beachtliche Erfolge: Nach den Kommunalwahlen 1990 lag der Frauenanteil bei den SPD-Stadträten bereits bei 37,7 % und bei den Kreisräten bei 30,8 %. Heute sind in den meisten bayerischen Städten etwa die Hälfte der SPD-Stadträte weiblich.



Lisa Albrecht
1896–1958

Elisabeth Albrecht entstammte einer bürgerlichen Hamburger Familie und trat mit 15 Jahren gegen den Willen ihrer Eltern der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) bei und später der SPD, der Gewerkschaft und der Arbeiterwohlfahrt. Sie heiratete einen Arbeiter und wurde Sportlehrerin. 1928–1933 arbeitete sie als hauptamtliche Parteisekretärin der SPD in Brandenburg. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde sie mehrfach inhaftiert.

Durch den Krieg landete Lisa Albrecht im oberbayerischen Mittenwald und baute 1946 SPD und Gewerkschaft wieder mit auf. Sie war 1946 kurzzeitig Landesvorsitzende der bayerischen SPD und wurde in den Bundesvorstand der Partei gewählt. Von 1949 bis zu ihrem Tod war sie Mitglied im Bundestag. Sie kämpfte v.a. für die Wahrung des Friedens und die Rechte von Frauen. Als überzeugte Pazifistin – sie gehörte den Quäkern an – stimmte sie 1956 gegen die Mehrheit ihrer Partei gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik.



Käthe Strobel
1907–1996

Die gebürtige Nürnbergerin engagierte sich seit ihrer Jugend in der SPD und war u.a. Landesvorsitzende der sozialdemokratischen Kinderfremde. Ihr Mann Hans wurde 1934 wegen »Vorbereitung des Hochverrats« verurteilt und zweieinhalb Jahre im KZ Dachau interniert. Nach 1945 engagierte sich Strobel beim Wiederaufbau der Partei und war 1958–1971 auch Mitglied im Bundesvorstand der SPD.

1966 wurde Käthe Strobel in der Großen Koalition Bundesministerin für Gesundheit, 1969–1972 war sie unter Willy Brandt Ministerin für Jugend, Familie und Gesundheit. Käthe Strobel setzte sich für ein modernes Rollenbild der Frau ein und für das Recht »auf personale und berufliche Entfaltung« von Ehefrauen. Kritik erntete die erste sozialdemokratische Familienministerin für einen Modellversuch für Tagesmütter. Anfang der 1970er Jahre sahen viele Konservative durch berufstätige Mütter noch immer die Familie gefährdet, obwohl auch zu jener Zeit mehr als 35 % der Mütter mit Kindern unter 18 Jahren arbeiten gingen.

Käthe Strobel war 1958–1967 auch Mitglied des Europaparlaments und gehörte 1972–1978 dem Nürnberger Stadtrat an. 1980 wurde ihr als erster und bislang einziger Frau die Ehrenbürgerwürde der Stadt Nürnberg verliehen.



Renate Schmidt
geb. 1943

Renate Schmidt, geb. in Hanau, war 1991–2000 Landesvorsitzende der bayerischen SPD und Spitzenkandidatin bei den Landtagswahlen 1994 und 1998. Die gelernte Systemanalytikerin und dreifache Mutter arbeitete lange Zeit als Betriebsrätin in einem großen Versandunternehmen. Sie war 1980–1994 und 2002–2009 Mitglied des Bundestages und 1987–1990 stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion. 1990–1994 amtierte Schmidt als Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Nach der Landtagswahl von 1994 übernahm sie den Vorsitz der bayerischen SPD-Fraktion bis 2000. 2002 kehrte Renate Schmidt in die Bundespolitik zurück und wurde im Kabinett Schröder Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.



Die SPD-Stadträtinnen
in München 1993